



HESSISCHER LANDTAG

08. 11. 2022

Plenum

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Gute Ideen setzen sich durch: Das Deutschlandticket kommt!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung mit den Landesticketangeboten für Schülerinnen und Schüler, Seniorinnen und Senioren sowie Landesbedienstete wesentliche Schritte hin zu ihrem seit 2014 verfolgten Ziel gegangen ist, den Zugang zum öffentlichen Nahverkehr durch Vereinfachung und Preisattraktivität wesentlich zu verbessern. Damit ist das Prinzip eines einfachen Zugangs zu Bussen und Bahnen unabhängig von Tarif-, Stadt- und Kreisgrenzen erstmalig und sehr erfolgreich in einem Flächenland eingeführt worden. Durch das Landesticket für die Beschäftigten des Landes ist darüber hinaus ein Anreiz gesetzt worden, der zu einer sehr deutlichen Ausweitung des Angebotes von Jobtickets auch bei privaten Arbeitgebern geführt hat.
2. Diese durch die Landesregierung geschaffenen und initiierten Angebote für Landestickets ermöglichen bereits jetzt der Hälfte aller Hessinnen und Hessen den Zugang zu einem preisgünstigen Ticket mit einfachstem Zugang zu den Verkehrsangeboten des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ohne Tarifzonenschungel. Hessen ist damit Pionier und Vorbild für die Angebotsfortentwicklung im ÖPNV. Die Weiterentwicklung dieses Gedankens zu einem bundesweit gültigen Deutschlandticket auf Basis der hessischen Erfahrungen und Ideen ist ein weiterer guter Weg, um die Nutzung des ÖPNV attraktiver zu machen.
3. Der Landtag stellt fest, dass das Deutschlandticket mit einem monatlichen Nutzungsbeitrag von 49 Euro für viele Menschen angesichts der hohen Inflation eine spürbare finanzielle Entlastung sein kann, wenn die Mobilitätsangebote des ÖPNV auch genutzt werden. Gleichzeitig wird so für viel mehr Menschen die Nutzung von Bussen und Bahnen und damit eine klimaschonende Form von Mobilität ermöglicht.
4. Der Landtag stellt klar, dass sowohl die neu gewonnenen Fahrgäste, als auch die Menschen, die schon lange auf Bus und Bahn für ihre Wege setzen, eine überzeugende Qualität und ein gutes Fahrtenangebot erwarten. Um diese Qualität zu gewährleisten, ist eine realistische und verlässliche Finanzierung seitens des Bundes unerlässlich. Wenn der Bund Vorstellungen zu einem zukunftsfähigen ÖPNV formuliert, muss auch die finanzielle Ausstattung durch den Bund erfolgen und darf nicht zu Lasten der Länder gehen. Der Umfang der Finanzierung muss sowohl die aktuelle Energiekrise, als auch die Ausbau- und Verbesserungsbedarfe berücksichtigen. Erste Schritte hierzu konnten bei der Konferenz der Regierungschefs von Bund und Ländern bereits vereinbart werden. Um dieses Ziel vollständig zu erreichen, muss der Bund schnellstmöglich die zugesagte Erhöhung der Regionalisierungsmittel umsetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. November 2022

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)